

Für islamischen Religionsunterricht

Dass unser Gesprächskreis "Christen und Muslime" beim ZdK seine erste Erklärung veröffentlicht hat, ist eine gute Nachricht. Und das Thema ist hochaktuell: "Islamischer Religionsunterricht als Chance für Integration und Dialog".

Es ist das besondere dieses Gremiums, dass Christen und Muslime gemeinsam beraten, sich im Dialog verständigen und nun auch gemeinsam öffentlich Stellung beziehen. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Einführung von Islamischem Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes ein wichtiger Schritt und Beitrag zur Integration wäre.

Die Erklärung verschweigt nicht, dass es auf dem Weg dahin noch viele Hürden zu überwinden gilt, die besonders in der Organisationsform der Muslime als Ansprechpartner für den Staat begründet liegen. Aber deshalb darf das Ziel nicht aus den Augen verloren werden. Denn gerade die Entwicklung, die auf einem solchen Weg angestoßen wird, kann zu einer Veränderung auch der Muslime in Deutschland und damit zu einer besseren Ausgangsbasis für den gegenseitigen Dialog führen.

Mit dieser Erklärung werden die Katholiken in die Pflicht genommen, die Akzeptanz des Islamischen Religionsunterrichts in der Bevölkerung zu stärken und dessen positive Auswirkungen deutlich zu machen. Auf der anderen Seite erklären sich aber auch Muslime bereit, den konfessionellen Religionsunterricht in Deutschland zu unterstützen, wie sie es ja bereits an der Seite von "Pro Reli" in Berlin tun.

Nicht zuletzt: Wer den Text als Christ liest, vergewissert sich neu der Bedeutung des konfessionellen Religionsunterrichtes in der Schule. Er ist und bleibt ein Gewinn und eine Chance.

Stefan Vesper

14. Jg. Nr. 6 17. Dezember 2008

Inhalt

Rumpelstilzchen und andere Gespenster

Herausforderungen durch die Finanzmarktkrise

Christoph Braß 2

Eine Frage globaler Solidarität!

Klimaschutz als Herausforderung im Kampf gegen Armut und Ungerechtigkeit

Martin Bröckelmann-Simon 4

Gegen Prostitution, aber für Prostituierte!

Ein Beitrag aus christlich-feministischer Sicht zur Reform des Prostitutionsgesetzes

Anna Mayrhofer 6

Mehr als selbstverständlich

Ehrenamtliche Arbeit attraktiver machen

Leoni Heister und Rolf Pitsch 8

"EURETWEGEN" (I Petr 1,20)

Gottes Wort der Hoffnung ist unsretwegen Mensch geworden

Dorothea Sattler 10

Aus der Arbeit des ZdK

Islamischer Religionsunterricht als Chance für Integration und Dialog

12

Rumpelstilzchen und andere Gespenster

Herausforderungen durch die Finanzmarktkrise

"Nicht das System ist schuld – es wurde nur nicht konsequent genug angewandt." Sätze wie dieser aus dem Mund gläubiger Kommunisten begleiteten im Herbst 1989 die Implosion des real existierenden Sozialismus. In den vergangenen Wochen waren Äußerungen dieser Art erneut zu vernehmen – diesmal freilich am anderen Ende des politischen Spektrums, von Anhängern des Turbo-kapitalismus angelsächsischer Prägung, die auf die Finanzmarktkrise ähnlich ungläubig reagierten, wie 20 Jahre zuvor manche orthodoxen Marxisten.

Die aktuelle Krise hat viele vermeintliche Gewissheiten erschüttert, die seit der historischen Wende von 1989 unumstößlich schienen: etwa den Anspruch, dass der Markt dem Staat in jedem Fall überlegen sei und dass der sich deshalb gefälligst aus dem Wirtschaftsleben herauszuhalten habe; die Vorstellung, dass Wettbewerb ohne Regeln auskomme; die Erwartung, dass Flexibilität wichtiger sei als Verlässlichkeit; oder die Verheißung, dass an alle gedacht sei, wenn jeder nur an sich selbst denke.

Gier macht blind

In der Tat dürfte eine wesentliche Ursache der Krise darin gelegen haben, dass einige nur an sich selbst gedacht haben – übrigens nicht nur die vielgescholtenen Banker und Manager, sondern auch mancher Anleger, der bei seinen Renditeerwartungen jedes Maß verloren hatte. Die deutsche Sprache kennt dafür das Wort "Gier", und die macht bekanntlich nicht nur rücksichtslos, sondern auch blind: blind für die langfristigen Kosten kurzfristiger Vorteile; blind für die Risiken, die doch seit Monaten immer offensichtlicher wurden; blind für die Alltagsvernunft, die uns sagt, dass Stroh sich nicht zu Gold spinnen lässt – jedenfalls nicht in der Wirklichkeit.

Zum Zusammenbruch der Finanzmärkte kam es auch deshalb, weil die handelnden Personen am

Ende oft selbst nicht mehr genau wussten, womit sie eigentlich handelten und weil die Finanzwirtschaft sich zunehmend von der Realwirtschaft abgekoppelt hatte. In umgekehrter Richtung freilich haben die Folgen der Bankenkrise längst auch die Realwirtschaft erreicht. Die Konjunkturdaten für das kommende Jahr weisen nach unten. Die bisher erreichten Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dem Abbau der Staatsverschuldung werden sich im kommenden Jahr kaum fortsetzen lassen. Inzwischen rufen auch andere Branchen – etwa die Automobilindustrie – nach staatlicher Unterstützung. In anderen Ländern ist die Situation nicht besser. Aus der Finanzmarktkrise droht eine Wirtschaftskrise globalen Ausmaßes zu werden.

Es gibt also wahrlich keinen Grund zur Schadenfreude und schon gar nicht zu moralischer Überheblichkeit. Viele von uns haben dem Spiel lange Zeit fasziniert, vielleicht sogar neidisch zugeschaut. "Massenfrivolität" nennt der Philosoph Peter Sloterdijk diese Stimmung, die die entwickelten Länder der Erde seit Mitte der 1990er Jahre erfasst hat.

Doppelte Vertrauenskrise

Die Krise der Finanzmärkte ist im doppelten Sinne eine Vertrauenskrise: Was sie letztlich offen zum Ausbruch brachte, war das fehlende Vertrauen zwischen den Banken. Weil nach dem Platzen der Spekulationsblase am US-Immobilienmarkt kein Geldhaus wusste, wie viele faule Papiere die anderen in ihren Büchern hatten, wollte keines den anderen mehr Geld leihen. Der Interbankenhandel kam zum Erliegen. Man kann nur hoffen, dass die staatlichen Bürgschaften dieses Problem rasch lösen werden. Zugleich hat die Entwicklung an den Finanzmärkten das Vertrauen der Bevölkerung erschüttert – nicht nur das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem, sondern auch das ohnehin angeschlagene Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Demokratie. Wie immer, wenn es kompliziert wird, gewinnen auch jetzt vermeintlich einfache Lösungen an Attraktivität. Die alten Gespenster sind wieder da.

Zu den raschen staatlichen Hilfen gab es keine Alternative. Trotzdem erscheint es vielen Menschen als Zumutung, wenn einerseits etwa beim Kindergeld oder beim Arbeitslosengeld II um zehn-Euro-Beträge gefeilscht wird und anderer-

seits der Staat ein 500-Milliarden-Paket für die Rettung einer Branche schnürt, deren Spitzenpersonal bislang nicht unbedingt durch übertriebene Bescheidenheit aufgefallen ist. Die Stammtischparole, dass jetzt der Steuerzahler für die Spielschulden von Menschen aufkommen muss, die in der Vergangenheit den Hals nicht voll genug bekommen haben, ist leider sehr verführerisch. Und sie lenkt Wasser auf die Mühlen von Extremisten, die eine andere Republik wollen.

Transparenz und klare Regeln

Das wichtigste Mittel, um Vertrauen herzustellen, sind Transparenz und klare Regeln. Das hat inzwischen auch mancher erkannt, der noch vor kurzem einer weitgehenden Deregulierung der Märkte das Wort geredet hat. Offen ist indes die Frage, wer diese Regeln im globalen Maßstab formulieren und dann auch durchsetzen soll. Aber immerhin: Das Bewusstsein für ihre Notwendigkeit ist gewachsen – das ist mehr, als man noch vor einigen Monaten erwarten konnte. Ebenso wenig war zu erwarten, dass das Leitbild des "ehrbaren Kaufmanns", den viele schon lange in die Mottenkiste – oder sagen wir: ins Kuriositätenkabinett, Abteilung: merkwürdige Fossilien – verbannt hatten, heute wieder gefragt sein würde. Der Ruf nach Moral, Maß und Mäßigung in der Wirtschaft wird lauter. Es wächst die Einsicht, dass wir eine neue Balance zwischen Staat und Markt, zwischen Solidarität und Selbstverantwortung brauchen.

Vorschläge

Darin liegt die eigentliche Chance der gegenwärtigen Krise. Sie fordert uns heraus, darüber zu streiten, wie und in welcher Gesellschaft wir leben möchten. Wir Christen haben Antworten auf diese Fragen – und wir sollten nicht zögern, sie in die Debatte einzubringen. Viele der Tugenden, die im Moment eine Renaissance erleben, haben ihre Wurzeln in der katholischen Soziallehre. Es lohnt sich, darüber zu sprechen und dafür zu werben. Und es lohnt sich, unsere alten Papiere noch einmal zu lesen: zum Beispiel das vermeintlich "totgelobte" Gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997, das ein ausgefeiltes wirtschaftsethisches Koordinatensystem enthält, oder die ZdK-Erklärung "Internationale Finanzmärkte – Gerechtigkeit braucht Re-

geln", die auch nach fünf Jahren noch erschreckend aktuell ist. "Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht" – so lautete das Leitwort des Saarbrücker Katholikentages von 2006. Es liegt an uns, jetzt durchzubuchstabieren, was das konkret bedeutet.

Soziale Marktwirtschaft und Demokratie

Die Krise hat nicht nur viel Geld, sondern auch Vertrauen zerstört. Deshalb ist es wichtig, dass wir beharrlich für Soziale Marktwirtschaft und Demokratie werben. Beide gehören zusammen und beide sind im Europäischen Sozialstaatsmodell verwirklicht, das in den vergangenen Jahren von vielen belächelt wurde. Als Christinnen und Christen wissen wir um die Unvollkommenheit und Erlösungsbedürftigkeit eines jeden Menschen. Das sollte uns misstrauisch machen gegen jede Ideologie – ganz gleich ob sie ihr Heil allein im Markt oder im Staat sieht. Gerade im Wahljahr sollten wir bei aller berechtigten Kritik an den Auswüchsen eines entgrenzten Kapitalismus allen entgegentreten, die Kapital aus den Ängsten und der Verunsicherung der Menschen schlagen wollen. Zugegeben: Auf dem dritten Weg kann man schnell einsam werden. Aber der Platz zwischen allen Stühlen ist für Christen nicht unbedingt der schlechteste Ort.

Die Armen nicht vergessen

Und schließlich sollten wir darauf achten, dass die Sorge um uns selbst nicht dazu führt, dass wir diejenigen vergessen, denen es weit schlechter geht als uns – frei nach dem Motto: "Wir haben eigene Probleme, und das Hemd ist uns jetzt näher als der Rock." Wir sollten dieser Haltung energisch entgegentreten – aus Nächstenliebe und im wohlverstandenen eigenen Interesse, denn die Krise macht auch deutlich, dass in einer globalisierten Welt alles mit allem zusammenhängt. Auch aus diesem Grund kann uns die Armut der Armen nicht gleichgültig sein.

Der Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus vor bald 20 Jahren war ein Sieg der Freiheit über die Unfreiheit. Aber es gibt auf Erden kein "Ende der Geschichte". Hätte es eines Beweises für diese schlichte Einsicht bedurft – die Ereignisse der letzten Wochen hätten ihn geliefert. Die Zukunft ist offen und will gestaltet werden. Es liegt in unserer Verantwortung, wie und in welche Richtung das geschieht.

Dr. Christoph Braß, Vizepräsident des ZdK

Eine Frage globaler Solidarität!

Klimaschutz als Herausforderung im Kampf gegen Armut und Ungerechtigkeit

"Hoffnung, aber kein Sieg für die Anliegen der Armen." Auf diese kurze Formel brachte MISEREOR letztes Jahr das Ergebnis der Weltklimakonferenz auf Bali, Indonesien. Mit Blick auf die diesjährigen Klimaverhandlungen in Polen wird die Hoffnung geringer, dass der Bali Aktionsplan aus dem Vorjahr im Sinne der Armen weiter ausgestaltet wird und bis zur Klimaverhandlung 2009 in Kopenhagen tatsächlich ein ausreichend starkes und gerechtes Klimaschutzabkommen verabschiedet werden kann.

Klimawandel verstärkt Armut und Ungerechtigkeit

Mit dem stark gestiegenen Verbrauch fossiler Brennstoffe und der Abholzung der Wälder seit dem Beginn der Industrialisierung hat die Menschheit das Klima verändert. Während die Industrienationen auf dieser Ausbeutung ihr Wachstum gründeten, leiden heute besonders die Armen unter den Folgen der globalen Erwärmung. Extreme Wetterereignisse wie Überflutungen und Stürme nehmen an Stärke und Häufigkeit zu, während andernorts in ohnehin trockenen Regionen der Regen ausbleibt. Für arme Menschen, die sich nicht durch Vorräte, Ersparnisse oder Versicherungen über solche Katastrophen retten können, bedeuten solche Krisensituationen Hunger und Not. Klimawandel ist also nicht "nur" ein Umweltproblem, sondern die Spitze des Eisbergs einer ungleichen Welt.

Internationale Verhandlungen

Letztes Jahr wurde auf der Klimakonferenz in Bali ein Fahrplan verabschiedet, der Ziele und Bestandteile eines neuen Klimaschutzabkommens festlegt, welches nach Auslaufen der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto Protokolls die internationale Klimapolitik regeln soll. Mit dem Kyoto Protokoll von 1997 legten sich die Industrienationen fest, ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis 2012 um 5 Prozent gegenüber 1990 zu re-

duzieren. Die derzeit stattfindende Klimakonferenz in Polen ist ein Zwischenstopp auf dem Weg zu einem ambitionierteren Klimaschutzabkommen, welches auf der Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen verabschiedet werden soll.

Stillstand auf dem Internationalen Parkett?

Die internationalen Verhandlungen gehen inzwischen voran, allerdings sehr langsam. In Polen wird dieser Tage noch immer darüber diskutiert, was überhaupt die gemeinsame Vision, das gemeinsame Ziel der Verhandlungen ist und es ist absehbar, dass die Diskussionen nicht in diesem Jahr enden. Dabei wurde bereits in der Klimarahmenkonvention 1992 festgelegt, dass das Ziel die Bekämpfung eines gefährlichen Klimawandels ist. Die Wissenschaft geht davon aus, dass unser Klimasystem zwei Grad durchschnittliche Erwärmung ertragen kann, ohne dass unumkehrbare Prozesse im Klimasystem in Gang gesetzt werden. Dazu müssen die globalen Treibhausgasemissionen bereits in 10 Jahren ihren Höhepunkt erreicht haben und bis 2050 muss de facto eine emissionsfreie Wirtschaft in den Industrienationen bestehen. Die Industrienationen haben zudem die moralische Pflicht, die Schwellen- und Entwicklungsländer darin zu unterstützen, eine klimafreundliche Wirtschaft aufzubauen.

Dazu gehört auch, die Abholzung in den Entwicklungsländern zu beenden. Deren Zerstörung der Wälder trägt weltweit mit ca. 20 % zu den weltweiten Treibhausgasemissionen bei. Rodungen schreiten vor allem in den Entwicklungsländern rapide voran. Mit dem Wald werden unzählige Tier- und Pflanzenarten – zum Teil unwiederbringlich – vernichtet. Doch Wald ist nicht nur ein Holzreservoir, eine Kohlenstoffsänke oder Ökosystem, sondern auch Lebens- und Wirtschaftsraum für viele Menschen in den Entwicklungsländern. Sie sammeln hier Früchte, Pilze oder Medizinalpflanzen. Bewaldung schützt zudem vor den Folgen extremer Wetterereignisse – sie nimmt den Stürmen die Kraft, sichert Berghänge bei extremen Regenfällen. Zudem ist ein vielfältiges Ökosystem besser in der Lage, sich an verändernde Umweltbedingungen anzupassen- in Zeiten des Klimawandels wird er damit wichtiger denn je.

Nur wenn die Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer Unterstützung im Klimaschutz erhalten, werden sie bereit sein, einen emissionsarmen Entwicklungspfad einzuleiten. Dies ist allerdings nötig; denn die Industrieländer haben inzwischen die Atmosphäre so sehr aufgeheizt, dass das zwei Grad Ziel ohne einen Beitrag der schnell wachsenden Schwellenländer nicht mehr zu erreichen ist. Viele Wissenschaftler bezweifeln bereits ohnehin, dass die globale Erwärmung noch auf zwei Grad Celsius begrenzt werden kann. Und auch zwei Grad werden bedeuten, dass sich Menschen weltweit an veränderte Umweltbedingungen anpassen müssen. Als historische Verursacher des Klimawandels haben die Industrienationen daher die Pflicht, Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Deiche, Salzwasseraufbereitungsanlagen, Frühwarnsysteme, Regenwasserauffangbecken – technische Maßnahmen, die nicht von Entwicklungsländern alleine umgesetzt werden können. Hinzu kommen soziale Herausforderungen und Konfliktpotentiale, die umfassender Antworten bedürfen. Die Einführung neuer Anbaumethoden etwa ist nicht allein eine technische Frage und auch Menschen, die der ansteigende Meeresspiegel vertreibt, müssen in ihrer neuen Heimat aufgefangen werden. Sozialen Spannungen, ausgelöst durch knapper werdende Ressourcen wie Boden und Wasser müssen vorgebeugt werden. Neue Anbaumethoden sowie neue Nahrungsmittelpflanzen bringen häufig auch kulturelle Veränderungen mit sich und bedürfen intensiver Begleitung, damit sie tatsächlich erfolgreich umgesetzt werden. Auf den Klimawandel und die mit ihm verknüpfte weltweite Ernährungsunsicherheit antwortet MISEREOR etwa mit einer vorrangigen Förderung der nachhaltigen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Sie ermöglicht den Menschen auf kleinen Flächen und mit nur geringen Investitionen eine krisensichere, umweltverträgliche Produktion von Lebensmitteln und damit Ernährungssicherheit. Es zeigt sich nachweislich, dass Bäuerinnen und Bauern in den von uns geförderten Projekten die Veränderungen besser bewältigen können. Aber wenn Land verschwindet, gar

kein Regen mehr fällt, ist auch mit bester Unterstützung die Anpassungsfähigkeit begrenzt.

Der Klimawandel zeigt uns deutlich, dass unsere heutigen Konsum- und Produktionsmuster nicht mehr tragfähig sind für diesen einen Planeten. Noch immer scheint den meisten nicht bewusst, dass der Klimawandel bereits jetzt stattfindet. Es gibt Menschen, die bereits jetzt aufgrund des Klimawandels ihre Heimat verlieren oder an Hunger leiden., deren Vieh verdurstet, deren Ackerland in Regenfluten versinkt und deren Ernten in der Sonne verdorren.

Deutschland - ein Musterknabe?

Im November diesen Jahres verkündete die Bundesregierung, dass sie ihr Kyoto- Ziel bereits erreicht habe – vier Jahre vor Ablauf der Frist. Wenngleich der Mauerfall erheblich bei der Zielerreichung beigetragen hat, ist dies mehr als viele andere Staaten erreicht haben. Auch international war Deutschland bisher führend. Die EU und insbesondere Deutschland waren im letzten Jahr auf Bali mit ehrgeizigen Klimaschutzzielen und bester Diplomatie ein Vorbild für die Welt und haben entscheidend dazu beigetragen, dass der Bali Aktionsplan verabschiedet wurde. Dieses Jahr veräumte es die EU hingegen, angetrieben ausgerechnet durch Deutschland und Polen, im Vorfeld der Konferenz ein deutliches Signal nach Polen zu senden. Weder hat sie konstruktive Vorschläge zur Umsetzung des Bali Aktionsplans gemacht, noch zeigte sich in den parallel stattfindenden Verhandlungen zum EU Klimaschutzpaket, dass sie bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, wenn es an die konkrete Umsetzung geht. Es bleibt zu hoffen, dass dem Beispiel der EU nicht auch andere folgen werden und entschieden in Richtung Kopenhagen verhandelt wird. Diese Entwicklung zeigt, dass weiterhin erheblicher Druck aus der Gesellschaft erforderlich ist – die ZdK-Erklärung "Schöpfungsverantwortung wahrnehmen - jetzt handeln! Für einen nationalen und internationalen Klimaschutz" wird dazu einen Beitrag leisten können.

Dr. Martin Bröckelmann-Simon, Geschäftsführer des katholischen Hilfswerks MISEREOR und Hauptabteilungsleiter für den Bereich "Internationale Zusammenarbeit", Mitglied des ZdK

Gegen Prostitution, aber für Prostituierte!

Ein Beitrag aus christlich-feministischer Sicht zur Reform des Prostitutionsgesetzes

Das Prostitutionsgesetz von 2002 hat fast ausschließlich Zuhältern und Bordellbetreibern genutzt. Die Situation von Frauen in der Prostitution ist schwieriger geworden. Das Gesetz muss dringend geändert werden, fordert Schwester Anna Mayrhofer von der Organisation SOLWODI.

Durch die langjährige Betreuung ausländischer Frauen, die in der Prostitution gearbeitet haben, weiß ich aus Erfahrung: Viele Frauen, die Opfer von Menschenhandel werden, haben in ihrer Kindheit und Jugend massive Grenzüberschreitungen durch physische und psychische Gewalt erlitten. Als Folge davon sind sie als Opfer prädestiniert. Das heißt: Sie sind leicht abhängig zu machen, zu unterdrücken und auszubeuten. Sie haben sich Verdrängungsmechanismen und Verhaltensweisen angeeignet, mit denen sie sich gegen Verletzungen und Entwürdigungen schützen, ohne sich diese bewusst zu machen. Darum fehlt ihnen oft ein "Opferbewusstsein". Gewalt nehmen sie als "normal" wahr.

Keine klare Trennlinie zwischen freiwilliger und erzwungener Prostitution

Auch Frauen, die sich "freiwillig" für die Prostitution entschieden haben, erleben wir bei SOLWODI – aufgrund erlittener Entwürdigung, Unfreiheit, Gewalt, Ausbeutung und Abhängigkeit als psychisch instabil, mit schlechtem Gesundheitszustand und psychosomatischen Beschwerden, mit gestörtem Sozialverhalten, mangelndem Selbstwertgefühl und Misstrauen gegenüber den Mitmenschen.

Gestützt durch die Lebens- und Leidensgeschichten unserer Klientinnen, vertrete ich die These, dass in der Praxis keine klare Trennlinie zwischen freiwilliger und erzwungener Prostitution gezogen werden kann. Das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene, von der damaligen rot-grünen Bundesregierung initiierte "Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten" (Prostitu-

tionsgesetz/ProstG) hingegen macht diese Unterscheidung.

Gesetz hat Rotlichtmilieu salonfähig gemacht

Ziel des ProstG war es, freiwillig tätige deutsche und ausländische Prostituierte, die sich legal in Deutschland aufhalten, rechtlich besser zu stellen: unter anderem durch die Möglichkeit, sich fest anstellen und sozialversichern zu lassen. Doch bundesweit haben sich nur verschwindend wenige Prostituierte bei der Sozialversicherung angemeldet. Entgegen der Empfehlung des ProstG gibt es kaum Ausstiegsprogramme für Frauen in der Prostitution. Das Rotlichtmilieu jedoch ist salonfähig geworden. Das Angebot von Prostitutionsstätten wächst rasant – und ebenso das Ausmaß der Ausbeutung von so genannten "freiwilligen" Prostituierten.

Neue Formen lückenloser Kontrolle

Zum Beispiel der neue "Wellness"-Trend: In letzter Zeit sind in diversen deutschen Großstädten, aber auch in der Provinz Großbordelle errichtet worden, die sich meist "Wellness-Clubs" oder "FKK-Clubs" nennen. Mit hohen Investitionen wurden sie edel eingerichtet und mit Whirlpools, Saunen, Fitness-Studios etc. ausgestattet, um neue Kundenschichten zu erschließen. Die dort tätigen Frauen, ergaben Ermittlungen der Kriminalpolizei, unterliegen einer nahezu lückenlosen Kontrolle durch ein ausgeklügeltes System aus Videokameras, Bordell- und Security-Personal. Die Frauen müssen sich ausschließlich unbekleidet in den Häusern bewegen, dürfen nicht telefonieren und dürfen nur mit Genehmigung der Geschäftsleitung nach draußen. Die Sexualpraktiken sind vorgeschrieben; Freier dürfen nicht abgelehnt werden; die Arbeitszeiten betragen bis zu 16 Stunden täglich.

Nur Zuhälter rechtlich besser gestellt

Die Arbeitgeber im Rotlichtmilieu haben laut ProstG nur ein "eingeschränktes Direktionsrecht". Doch die GesetzgeberInnen unterließen es zu definieren, was genau sie darunter verstehen. Das obliegt nun den Gerichten. Ein Beispiel aus Augsburg: Das ermittelnde Polizeiteam und die Staatsanwaltschaft wollten die Zwangsvorschriften für Prostituierte in einem der neuen "Wellness"-Bordelle als "dirigistische Zuhältereie" ahnden. Doch das Augs-

burger Landgericht bewertete die Vorschriften als "Weisungsrecht". Ein Gerichtssprecher rechtfertigte die Entscheidung so: Seit Inkrafttreten des ProstG sei Prostitution eben ein "normales Gewerbe". "Die Betreiber haben seitdem Regulatorischen Möglichkeiten und Kontrollbefugnisse." Juristisch sei ihnen nichts vorzuwerfen. Ergo: Das ProstG hat nicht die Prostituierten rechtlich besser gestellt, sondern Zuhälter und Bordellbetreiber.

Prostitution ist kein Beruf

Ich bin gegen die Prostitution, aber für die Prostituierten. Jede Stigmatisierung, Kriminalisierung oder moralische Abwertung dieser Frauen lehne ich entschieden ab. Trotzdem ist Prostitution für mich kein Beruf, da sie nicht mit der vom Grundgesetz garantierten Menschenwürde vereinbar ist. Darum war ich hoch erfreut, als Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen im Januar 2007 eine Reform des umstrittenen ProstG ankündigte und unmissverständlich klar stellte: "Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere – Ausstieg ist das Ziel!" Die Bundesregierung wollte für Ausstiegs- und Qualifizierungsprogramme sorgen, die Strafandrohungen für die verschiedenen Formen der Ausbeutung von Prostituierten überprüfen und gegebenenfalls verschärfen, das Schutzalter für minderjährige Prostituierte von 16 Jahren auf 18 Jahre anheben sowie Freier bestrafen, die wissentlich mit Zwangsprostituierten verkehren.

Konkrete Reformvorschläge

Bislang ist keins von diesen Vorhaben umgesetzt worden. Deswegen hat sich SOLWODI zu einer Kampagne entschlossen, die mit Veranstaltungen und (Unterschriften-) Aktionen den Bundestagswahlkampf begleiten wird. Im Namen der Menschenwürde von Frauen in der Prostitution fordern wir u. a.:

Keine abhängige Beschäftigung von Prostituierten, sondern ausschließlich selbständige Tätigkeit ohne Weisungsbefugnisse Dritter. Bei der Intimsphäre Sexualität kann und darf es keine Weisungsbefugnisse oder gar ein "Direktionsrecht" geben, auch kein "eingeschränktes".

Strafrechtliche Verfolgung jeglicher Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht sowie jeglicher Einschränkung der Dispositionsfreiheit von Prostitu-

ierten. Alles, was über die Vermietung von Zimmern und Infrastruktur hinausgeht, ist somit sexuelle Ausbeutung oder dirigistische Zuhälterei und obliegt damit der Kontrolle durch die Polizei. Das erleichtert auch die Identifizierung von Menschenhandelsopfern.

Heraufsetzung des Schutzalters Heranwachsender in der Prostitution auf 21 Jahre. Die Erfahrungen von SOLWODI und Ermittlungsbehörden zeigen, dass je älter eine junge Frau ist, sie desto weniger auf die falschen Versprechungen und die vorgegaukelte Liebe eines Zuhälters hereinfällt. Außerdem: Auch im Jugendstrafrecht gelten Heranwachsende erst mit 21 Jahren als erwachsen.

Bestrafung von Freiern, die wissentlich mit Zwangsprostituierten verkehren. Obwohl in der Praxis voraussichtlich nicht viele Freier belangt werden können, meinen wir: Nur was gesetzlich als Unrecht definiert ist, schafft ein Unrechtsbewusstsein.

Ein Traum

Ich träume von einer Welt ohne Prostitution – einer Welt, in der weibliche Menschen nicht wie unbeseelte Objekte ver- und gekauft werden, sondern im Vollbesitz ihrer Menschenrechte sind. Unsere Kampagne für die Menschenwürde von (Zwangs-) Prostituierten ist ein kleiner Schritt in diese Richtung, und ich hoffe auf viele UnterstützerInnen. Manchmal höre ich das Argument, dass Prostitution das älteste Gewerbe der Welt sei und sowieso nicht abzuschaffen wäre. In meiner Eigenschaft als Christin möchte ich da zu bedenken geben, dass wir Christen, obwohl der Mensch im Laufe der Geschichte immer Gewalt angewendet hat, trotzdem am Ideal der Gewaltfreiheit festhalten. Warum dann nicht auch an dem Ideal, dass Gott den Menschen nach seinem Abbild schuf, als Mann und Frau? Gott wollte, dass Männer und Frauen sich gegenseitig ergänzen. Dass das eine Geschlecht von dem anderen ausgebeutet und als Konsumartikel benutzt wird, wollte Gott ganz gewiss nicht.

Sr. Anna Mayrhofer, Ordensschwester der Gemeinschaft der Franziskaner Missionarinnen Mariens, Leiterin der SOLWODI-Beratungsstelle in Osnabrück.

www.solwodi.de

Mehr als selbstverständlich

Ehrenamtliche Arbeit attraktiver machen

Unsere Großmütter und Großväter würden angesichts von Tagen des Ehrenamtes, Wochen des bürgerschaftlichen Engagements oder freiwilligen Lesepatzen sicher verwundert den Kopf schütteln. Natürlich war für sie Hilfe in der Nachbarschaft, für Gemeinden und das Gemeinwohl selbstverständlich, wenn die Luft neben dem Broterwerb ausreichte. Sie wirkten aus christlichen Impulsen heraus, weil es schon immer so war und auch aus dem wachsenden Verständnis für eine lebendige Demokratie. Aber viel hat sich geändert und einige Entwicklungssprünge der letzten Jahre sollen bis zur Echtzeit mit Zukunftsoptionen nachgezeichnet sein.

Aufbruch

1996 fanden sich nach intensiven Vorarbeiten der katholischen Frauenverbände mehr als ein Dutzend evangelischer und katholischer Verbände sowie weitere Einrichtungen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich zum Trägerkreis Ehrenamt zusammen. Die Ideen dieser Tage: einen gemeinsamen Ehrenamtsnachweis auf den Weg bringen und qualifizierte Zeugnisse für ehrenamtliche Arbeit zunehmend selbstverständlich machen. Beides wurde umgesetzt. Inzwischen gibt es vielerlei Ehrenamtsnachweise und das ursprüngliche Anliegen "Macht unsichtbare Arbeit sichtbar" konnte wie ein Weizenkorn z.B. in Ländernachweisen aufgehen. Bei den Zeugnissen liegt noch manches im Argen. Vielen Ausstellungsberechtigten in Kirchengemeinden und kirchlichen Verbänden ist ein qualifiziertes Zeugnis zu arbeitsaufwendig, obwohl die Erfahrungen aus der Erwerbsarbeit zeigen, dass solche Unterlagen mit differenzierten Nachweisen zu sozialen und kommunikativen Kompetenzen Bewerbungen positiv unterstützen. Hier gibt es inzwischen neue Ansätze, die ebenfalls wieder deutlich von kirchlichen Organisationen gefördert werden. Kompetenzbilanzen (siehe auch http://www.gib.nrw.de/service/downloads/kompetenzbilanz_nrw.pdf) ermöglichen Ehrenamtlichen, eine Liste ihrer auch im Ehrenamt erworbenen Fähigkeiten zu erstellen.

Etappen

Der bis 2003 bestehende Trägerkreis wurde in seinen Aktivitäten begleitet von den Arbeiten der Enquetekommission Bürgerschaftlichen Engagement des Deutschen Bundestages. Ihr Ergebnisband von 2001 und das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 brachten das Thema bundesweit in Wallung. Erstmals wurde die Zahl der Engagierten und ihre Tätigkeitsfelder erforscht und eine Zahl von Menschen erfasst, die grundsätzlich bereit zur freiwilligen Arbeit wären. Ehrenamtsbörsen bildeten sich. Die Diskussion um die Begrifflichkeiten ehrenamtlich, freiwillig, bürgerschaftlich kam und kommt entsprechend der individuellen Motivationen der Einzelnen – Gott sei Dank – zu keinem Ende. Und die Politik stieg (unter rot grünen Vorzeichen) in die Diskussion ein. Das schwarz gelbe Konstrukt "Bürger für Bürger" sollte neu erfunden werden. So entstand nach dem Internationalen Jahr der Freiwilligen das Bundesnetz bürgerschaftlichen Engagements BBE. Der Trägerkreis Ehrenamt löste sich auf, die meisten Mitglieder wirken seither im BBE mit.

Während das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 2004 seine wertvollen Handlungsempfehlungen "Für eine Kultur des Ehrenamtes" verabschiedete, drehte sich die Diskussion vieler kirchlicher Verbände und der beiden Kirchen selbst intensiv um die Frage: Sollen wir in diesem Netzwerk BBE wirklich mitwirken? Was bringt es uns? Können wir uns ökumenisch verzahnen und die Interessen in einer bundesweiten Lobbyarbeit für die ehrenamtliche Arbeit wirkungsvoll einbringen? Wie organisieren wir uns dazu? Diese und andere Fragen haben wir in der katholischen Büchereiarbeit einfach und eindeutig geklärt: Der Borromäusverein als Fachverband ist Mitglied im Bundesnetzwerk. Dort geschieht die Interessenvertretung durch eine ehrenamtlich Tätige und durch einen Hauptamtler – auf Augenhöhe. Ihre Arbeit wird geerdet durch Verknüpfung zu den Aktivitäten in den Diözesen und den Sachgremien der Büchereiarbeit.

Beispiel: Borromäusverein

Was treibt uns zu diesem Engagement an: Gesellschaftlich und kirchlich gibt es für das kulturelle Ehrenamt nur wenig Lobbyisten. Katholische Büchereiarbeit gibt es seit über 170 Jahren durch das ehrenamtliche Engagement. Es ist von seinen An-

fängen bis zur Gegenwart Arbeit für Bildungsgerechtigkeit (lesen können), Zugangsgerechtigkeit (Medien wohnortnah ausleihen können) und Kultur (über sich hinauswachsen lernen). Büchereiarbeit ist Arbeit, die regelmäßig mit einer guten, immer zu verbessernden Ausbildung getan wird. So arbeiten wir intensiv in den Bereichen Bildung und Qualifizierung des BBE mit. Über 5.000 Büchereien in kirchlicher Trägerschaft sind ein elementarer Teil der deutschlandweit 11.500 Büchereien. Der Beitrag der Kirchen zur medialen Grundversorgung muss den Kirchen wie der Gesellschaft immer wieder präsentiert werden. Und dann noch: Büchereiarbeit kann Junge und Alte, Frauen und Männer, kirchlichengemeindlich Engagierte und religiös Interessierte miteinander verbinden. Es ist ein kommunikatives Tätigkeitsfeld mit vielen – gerne auch missionarisch zu verstehenden – Zugangsmöglichkeiten zum christlichen Glauben und den Kirchen.

Ziele

Lobbyarbeit für das Ehrenamt, so können wir nun nach mehr als zehn Jahren konkreter Arbeit sagen, ist einerseits mehr als selbstverständlich und andererseits immer wieder verstärkt notwendig: Nach innen und außen. Ehrenamtliche erleben es als Ermutigung, wenn ihr Tätigkeitsfeld wahrgenommen wird. Durch die öffentliche Wahrnehmbarkeit ihre Arbeit bei der zunehmenden Ökonomisierung von Engagement einen neuen Stellenwert. So sind die kirchlichen Aussagen zur Thematik sicher gute erste Schritte, diese Wahrnehmungen auch zu noch konkreteren Taten weiterzuentwickeln. Denn bei allem Ehrenamt: Die finanzielle Ausstattung dieser Arbeit und die hauptamtliche Begleitung und Förderung ist unverzichtbar. Und neben dieser internen Sicht erleben es Ehrenamtliche besonders ermutigend, wenn ihre Träger diesen Arbeitsbereich auch in ihrer gesellschaftspolitischen Dimension deutlich machen. Und dieses geschieht auch im Diskurs mit anderen nichtkirchlichen Aktionsfeldern. Denn die Themen wie Rahmenbedingungen (von Aufwandsentschädigung bis zur Versicherungen) und Selbstverständnis der erbrachten Leistung sind gemeinsam.

Fachtagung

Und damit sind wir in der Echtzeit 2008 angekommen. Ende Januar 2009 steht im Kölner Maternushaus die erste ökumenische Fachtagung für das ehrenamtliche Engagement an: "Um Gottes willen? Wir engagieren uns". Das kirchliche Ehrenamt präsentiert sich in seiner Vielfalt am Beispiel von 20 konkreten Projekten und mit Fachvorträgen. Und das kirchliche Ehrenamt diskutiert miteinander die Juckpunkte des ehrenamtlichen Alltags: Neben den bereits erwähnten Themen also auch über das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamt oder Mitwirkungsrechte bei inhaltlichen wie strukturellen Veränderungsprozessen: Eine feierliche Sachstandsbeschreibung mit Zukunftsoptionen.

Diese sind gerade angesichts der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen besonders wichtig. Einerseits wird niemand bestreiten, dass wir manche staatliche Fürsorge für Benachteiligte und Hilfsbedürftige anders organisieren müssen. Andererseits wollen wir nicht, dass ehrenamtliches Engagement reglementiert wird, sondern aus freiem Willen geschehen kann. Entsprechend sehen wir die Tendenzen zum Beispiel der Initiative Zivilengagement (IZE) des Familienministeriums kritisch, die eine Förderung ehrenamtlicher Arbeit sehr deutlich mit politisch gelenkten Forderungen verknüpft. Für uns stehen andere Hausaufgaben im Vordergrund: Ehrenamtliches Engagement muss Anerkennung finden in Ausbildung und Erwerbsarbeit. Und jeder soll sich ein Ehrenamt leisten können. Die Arbeit im konkreten Ehrenamt muss finanziell noch besser abgesichert durch Auslagenerstattung, Versicherungen, Weiterbildungen. Träger ehrenamtlicher Arbeit sollen klare Beschreibungen (Grenzen und Möglichkeiten) und Beauftragungen für die Engagierten bieten. Die Begleitung gilt den Menschen und ihren Aufgaben. So wird ehrenamtlich Arbeit noch attraktiver. Und so können wir die gemeinsamen Hoffnung eindeutig zum Ausdruck bringen: Es werden Ehrenamtliche sein, die eine menschnahe Kirche, einen demokratischen Staat in der lokalen Gesellschaft leben.

Leoni Heister, Leiterin der Katholischen öffentlichen Bücherei in Biebesheim (Bistum Mainz), arbeitet in Gremien des Borromäusvereins mit und ist Mitglied im Sprecherrat des BBE.

Rolf Pitsch, Direktor des Borromäusverein e.V.

"EURETWEGEN" (1 Petr 1,20)

**Gottes Wort der Hoffnung ist unsretwegen
Mensch geworden**

1. Ein (kleiner) Unterschied

Zu den Worten der deutschen Sprache, die in der alltäglichen Rede wohl kaum mehr vorkommen, gehören "euretwegen" und "unsretwegen". Der dahinter stehende Gedanke scheint jedoch noch da: Menschen handeln immer wieder auch für Andere. Ein Vater sagt: "Das habe ich heute für euch (euretwegen) eingekauft und gekocht." Eine Frau sagt: "Für uns (unsretwegen) habe ich die Geschäftsunterlagen geordnet und präsentiert sie nun im Gespräch". Feine Unterschiede sind im Vergleich herauszuhören: Was für Andere geschieht, geschieht nicht immer wegen der Anderen. Einmal ist das Ziel im Blick (eine Für-Sorge), das andere Mal die Ursache (eine Grund-Sorge). Irritierend werden wahrscheinlich die gewählten Beispiele wirken – wenig lebensnah und kaum alltagsvertraut. Sie sollen den Gedanken vorbereiten, dass auch Gott bei seiner Menschwerdung eine unerwartete Rolle einnahm, einen Positionswechsel vornahm - und dies nicht nur für uns, auch wegen uns.

2. Die theologische Tragweite

Handelt Gott (nur) für uns oder (auch) wegen uns? In der griechischen Originalsprache des Neuen Testaments gibt es eine strikte Unterscheidung zwischen einem Handeln "für" (hyper) oder "wegen, aufgrund, weil" (dia). Nicht bloßes Mitleid bewegt Gott in seinem Handeln für uns armselige Menschheit. Das gewiss auch. Tiefer jedoch reichen die Wurzeln des göttlichen Tuns. Es ist nicht bloß Gottes Anblick unserer Not, die ihn innerlich erschüttert und bewegt. Gott ist vielmehr durch sein Wissen um die gesamten Zusammenhänge in seiner Schöpfung zum Handeln motiviert. Wegen uns wird Gott Mensch – nicht nur für uns. Nicht erst Gottes Erleben der Sünde und ihrer grausamen Wirkungen in all den Zeiten der Menschheitsgeschichte lässt ihn handeln. Vor allen Zeiten ist Gott entschieden, uns ein Wort der Hoffnung zu sagen. "Präexistent" – im Voraus zu jedem geschichtlichen Ereignis – ist Gottes Wille, sich uns als der zu zeigen, der er wesentlich ist. Das Weihnachtsergebnis ist von Gott vor

langer Zeit geplant worden – genauer: vor allen Zeiten. Immer schon wollte Gott so weit gehen und selbst Mensch werden – wegen uns. "Präexistent" – vor aller Schöpfung – ist Gottes Mitteilungsbedürfnis. In Jesus, seinem Leben und seinem Leiden, ist das Wort Gottes über sich zu einer Menschengeschichte geworden. Davon kündigt der 1. Petrusbrief.

3. Das Leitwort des 2. ÖKT und sein weihnachtlicher Vorvers

Die letzten Verse vor jenem Schriftwort, das als Leitwort des 2. Ökumenischen Kirchentags ausgewählt wurde, lauten in der Einheitsübersetzung: "Ihr wisst, dass ihr aus eurer sinnlosen, von den Vätern ererbten Lebensweise nicht um einen vergänglichen Preis losgekauft wurdet, nicht um Silber oder Gold, sondern mit dem kostbaren Blut Christi, des Lammes ohne Fehl und Makel. Er war schon vor der Erschaffung der Welt dazu ausersehen, und euretwegen ist er am Ende der Zeiten erschienen" (1 Petr 1,18-20). Möglicherweise vertrauter heißt es im Fortgang: "Durch ihn [Christus] seid ihr zum Glauben an Gott gekommen, der ihn von den Toten auferweckt und ihm die Herrlichkeit gegeben hat, so dass ihr an Gott glauben und auf ihn hoffen könnt" (1 Petr 1,21). In der Übersetzung von Martin Luther lautet der Vers vor dem Leitwort sowie jener mit dem Leitwort: "Er ist zwar zuvor ausersehen, ehe der Welt Grund gelegt wurde, aber offenbart am Ende der Zeiten um euretwillen, die ihr durch ihn glaubt an Gott, der ihn auferweckt hat von den Toten und ihm die Herrlichkeit gegeben, damit ihr Glauben und Hoffnung zu Gott habt" (1 Petr 1,20-21). Das "zwar" und "aber" übernimmt Luther aus dem Schrifttext: Gottes erlösendes Wort ist "zwar" schon ausersehen, "aber" erst am Ende der Zeiten offenbart worden. Luther betont im Sinne des Schrifttextes die Unselbstverständlichkeit der Erscheinung Gottes in Zeit und Geschichte in Menschengestalt.

Ein Wort ist dem Sinn nach gleich lautend in den Übersetzungen: um euretwillen – euretwegen. Weihnachtlich ist der Zusammenhang dieses Gleichklangs: Wegen uns ist Gott Mensch geworden und hat sich in Zeit und Geschichte gezeigt, wie er wahrhaft ist. Blutig war dieses Geschehen. Es kostete Jesus das Leben - auf grausame, blutige Weise wurde er getötet. Der theologische Gehalt

des Weihnachtsfestes ist die Epiphanie Gottes: seine Erscheinung in unverstellter Gestalt – bereit selbst so weit in die Tiefe zu gehen, unsretwegen zu bluten für uns. Wäre Gott nicht Mensch geworden, hätte Jesus nicht sterben und aus dem Tod errettet werden können. Krippe, Kreuz und leeres Grab bilden im theologischen Nachdenken eine Einheit. Wer war jener Jesus, der damals so schmachvoll starb? Die Antwort auf diese Frage war und bleibt entscheidend in der christlichen Bekenntnisgemeinschaft.

4. Grundanliegen des 1. Petrusbriefs

Es hätte kaum eine günstigere Wahl getroffen werden können bei der Suche nach einem Leitwort für den 2. Ökumenischen Kirchentag als diese: "Damit ihr Hoffnung habt" (1 Petr 1,21). Die Adressaten des 1. Petrusbriefes und die Christinnen und in unserer gesellschaftlichen Situation in Deutschland heute sind sehr verwandt miteinander. Angefochten, angefragt und an einzelnen Orten sogar verfolgt waren jene, denen sich der unter dem Pseudonym des Apostels Simon Petrus schreibende Autor zuwandte. Belächelt wurden die Christinnen und Christen nicht selten in den Ländern, in denen sie eine Minderheit bildeten. Einzig ihre besondere Lebensweise in der Nachfolge Jesu konnte Eindruck machen. Christinnen und Christen lebten friedfertig. Unauffällig waren sie. Durch ihre stillen guten Taten konnten sie diejenigen vielleicht überzeugen, die noch nicht zum christlichen Glauben bekehrt waren. Barmherzig und demütig sein, nicht Böses mit Bösem vergelten noch Kränkung mit Kränkung, statt dessen selbst die Feinde segnen – zu einem solchen Leben ermutigt der Briefschreiber seine Leserinnen und Leser (vgl. 1 Petr 3,8-9).

Ein Aufruf zu einem problematischen Konformismus ist dem Verfasser des 1. Petrusbriefes nachgesagt worden. Sich den menschlichen Ordnungen zu unterwerfen, das erscheint ihm wichtig (vgl. 1 Petr 2,13). Sich nichts nachsagen lassen müssen im Blick auf die Pflichten eines Bürgers und einer Bürgerin, das war damals das Gebot der Stunde - und dann durch das Lebenszeugnis überzeugen. Ist das nicht auch heute wichtig? Wie auch Paulus lebt der Verfasser des ersten Petrusbriefes in eschatologischer Stimmung: Die Zeit ist knapp. Das Ende der Zeiten ist mit Jesus Christus

angebrochen. Das entscheidende Wort Gottes ist mit Jesus Christus bereits gesagt. Im Glauben an Jesus Christus verwandelt sich die Sicht der Wirklichkeit. Wer glaubt, der hofft auf das Wiedererscheinen Jesu Christi zum Gericht. Hoffnung ist im 1. Petrusbrief zunächst futurisch gefüllt – jenseits der irdischen Tage. Der Brief ist ein Zeugnis für die Lebendigkeit des Osterglaubens in den frühen christlichen Gemeinden. Wer getauft ist und in der Nachfolge Jesu Christi steht, hofft auf die göttliche Gutheißung seines Lebens der Liebe selbst zu den Feinden. Deshalb ist Gott Mensch geworden – um uns dies vorzuleben.

5. Gottes Erscheinung in Menschengestalt – euretwegen

Unsretwillen ist Gott Mensch geworden. Der Verfasser des 1. Petrusbriefes sagt es anders: "Euretwillen" ist Christus Jesus am Ende der Zeiten erschienen. Die Kommunikationssituation ist damit verändert. Anders sind die Intentionen jeweils: Wer an uns alle in unserer gemeinsamen Erlösungsbedürftigkeit erinnert, der spricht einen lobpreisenden Dank für Gottes Tat. Wer die anderen Menschen als noch zu gewinnendes Gegenüber im missionarischen Alltag anspricht, formuliert eine erinnernde Mahnung. Beides braucht es in der Christenheit: das "unsretwegen" und das "euretwegen". Das "euretwegen" scheint zumindest im 1. Petrusbrief von vorrangiger Bedeutung zu sein: Diese Rede lädt jeden Menschen dazu ein, darüber nachzudenken, warum Gott Mensch werden wollte. Die christliche Lehrtradition versucht auf diese Frage eine Antwort: Es geschah, weil Gott immer schon wollte, dass kein Mensch im Zweifel darüber bleiben muss, wer er ist: wie ein Lamm friedfertig noch auf dem Weg zur Schlachtbank. Um als Mensch gewordener Gott zu sterben, musste Gott erst einmal als Mensch leben. Gottes Leben in der Gestalt des Menschen Jesus ist Gottes Wort der Hoffnung in allem Dunkel und in aller Feindschaft. Nicht nur für uns, auch unsretwegen ist Gott Mensch geworden. Es liegt ihm an uns - und vor allem an euch - immer schon.

Prof. Dr. Dorothea Sattler, Direktorin des Ökumenischen Instituts des Fachbereichs Katholische Theologie der Universität Münster, Mitglied im Ständigen Arbeitskreis "Pastorale Grundfragen" beim ZdK, Mitglied im Präsidium des 2. Ökumenischen Kirchentags

Islamischer Religionsunterricht als Chance für Integration und Dialog

Ein gemeinsames christlich-muslimisches Votum für konfessionellen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes hat der Gesprächskreis "Christen und Muslime" beim ZdK am Montag, dem 8. Dezember in Bonn vorgestellt. Die Erklärung trägt den Titel "Islamischer Religionsunterricht als Chance für Dialog und Integration".

"Wir sehen die Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in deutscher Sprache als einen Schlüssel zur Integration an", heißt es in der Einleitung zum Erklärungstext wörtlich. "Außerdem betrachten wir die Einführung von islamischem Religionsunterricht als Chance für den gesellschaftlichen wie interreligiösen Dialog. Daher beschäftigt sich unsere erste öffentliche Erklärung mit diesem Thema. Wir rufen die Verantwortlichen in den Bundesländern auf, sich weiterhin aktiv für die Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach einzusetzen. Die christlichen Mitglieder des Arbeitskreises sprechen sich dafür aus, dass die Kirchen noch stärker die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts unterstützen. Umgekehrt unterstützen die muslimischen Mitglieder des Arbeitskreises den christlichen konfessionellen Religionsunterricht gegen alle Tendenzen, diesen durch religionskundliche und allgemein Werte vermittelnde Fächer zu ersetzen."

In einem Informationsteil geht die Erklärung zunächst auf den Religionsunterricht nach Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes, die Schwierigkeiten bei der Einführung von islamischem Religionsunterricht und die Unterschiede zwischen konfessionellem und religionskundlichem Unterricht ein. Anschließend werden Modellversuche und Studienmodelle in verschiedenen Bundesländern vorgestellt.

Zu dem zentralen Anliegen der Erklärung heißt es dann wörtlich: "Islamischer Religionsunterricht ist zunächst Ausdruck der Religionsfreiheit: Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes spricht nicht von christlichem Religionsunterricht, sondern der Staat veranstaltet Religionsunterricht in inhaltlicher und personeller Abstimmung mit den Kir-

chen und Religionsgemeinschaften. Damit verbunden ist die Ausbildung der Religionslehrer an staatlichen Hochschulen. Islamischer Religionsunterricht in Entsprechung zu evangelischem, katholischem oder jüdischem Religionsunterricht ist ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur Gleichbehandlung der Muslime und insofern auch ein Beitrag zur Integration. Durch die für islamischen Religionsunterricht erforderlichen Abstimmungen zwischen den Muslimen und den entsprechenden Instanzen in den Bundesländern entsteht darüber hinaus erstmals eine geregelte und kontinuierliche Kommunikation zwischen Muslimen und dem deutschen Staat - in einem Verhältnis, das oft noch von wechselseitigem Misstrauen geprägt ist.

Wo islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache eingeführt wird, sind Muslime im Klassenzimmer, im Lehrerzimmer und im Hörsaal der Universität als konkrete und fachlich qualifizierte Personen, die sich auch kritischen Anfragen stellen können, präsent. Sie können Brücken zwischen Glaubenstradition und heutiger Lebenswelt in Deutschland schlagen. So kann sich eine dem hiesigen Kontext entsprechende islamische Theologie entwickeln, die von der Pluralität der Religionen in einem säkularen Staat ausgeht. Pluralität, die Fähigkeit zur Selbstkritik und ein wissenschaftlich-theologisches Argumentationsniveau sind Konsequenzen der Einführung von islamischem Religionsunterricht. Sie wirken sich auf den Dialog der Muslime mit dem Staat und mit anderen Religionen aus. Außerdem werden im islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache kulturelle und ethnische Grenzen überwunden. Er kann zum Katalysator für die Artikulation eines deutschsprachigen Islam und seiner verschiedenen Ausprägungen werden. Islamische Religionslehrer können in den Schulen auch dazu beitragen, strittige Fragen konstruktiv zu klären, wie Bekleidungs Vorschriften und die Teilnahme muslimischer Schülerinnen und Schüler an Klassenfahrten oder am koedukativen Sportunterricht. Schließlich zeigen Erfahrungen aus den Schulversuchen, dass sich der islamische Religionsunterricht über das Fach hinaus vielfach positiv auf den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern auswirkt und damit einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration leistet."

Den Wortlaut der Erklärung finden Sie unter www.zdk.de/erklaerungen